Datenschützer wollen Apple vor Gericht bringen

US-Konzern verstößt möglicherweise mit Überwachungssoftware gegen EU-Recht

VON FRANK-THOMAS WENZEL

Apple wirbt mit Datenschutz für seine Kunden – doch jetzt gehen Datenschützer gegen den Konzern vor. FOTO: MATTHIAS SCHRADER/AP

FRANKFURT/MAIN. Apple hat einen guten Ruf zu verlieren. Der iPhone-Konzern wirbt damit, Daten sorgfältig zu schützen. Doch jetzt klagen Datenschützer gegen das Unternehmen. Ihr Vorwurf: Apple verstößt gegen EU-Recht, weil ohne Zustimmung der Nutzer Überwachungssoftware eingesetzt werde.

Noyb heißt die Gruppe von Datenschutzaktivisten um den Österreicher Max Schrems, die sich jetzt mit dem weltgrößten Computerkonzern anlegt. Schrems ist bereits zweimal vor Gericht erfolgreich gegen Facebook vorgegangen. Nun verlangt Noyb vom Berliner Datenschutzbeauftragten und von der spanischen Behörde für Informationssicherheit gegen Apple ein Bußgeld zu verhängen und den US-Konzern zum Löschen eines Programms im iPhone-Betriebssystem iOS zu zwingen.

Wer sein Smartphone in Betrieb nimmt, muss sein Einverständnis zu einem Softwarelizenzvertrag erklären. Damit stimmen die Nutzer automatisch auch zu, dass ein Buchstaben- und Zifferncode erstellt wird, der dem jeweiligen Gerät zugeordnet wird und deshalb wie ein „digitales Nummernschild" funktioniert, heißt es im Antrag an die Behörden. Diese Werbe-ID (Identifier for Advertisers) mache es möglich, das „Online- und Mobilverhalten" der Nutzer zu identifizieren und gesammelte Daten miteinander zu verknüpfen, so Noyb. Was nicht nur Apple selbst möglich ist, sondern auch Drittanbietern – Betreiber von Apps, die auf iPhones laufen.

Durch dieses Tracking ließen sich unter anderem Konsumpräferenzen erkennen, um personalisierte Werbung zu platzieren. „Das EU-Recht schützt uns vor Tracking. Die Installation oder das Auslesen von Trackingcodes ist nur mit der Einwilligung des Nutzers möglich", betont Stefano Rossetti, Datenschutz-Jurist bei Noyb. Diese sehr einfache Regel gelte unabhängig von der verwendeten Technologie. Die in den Smartphones ohne direkte Zustimmung der Nutzer aktivierten Cookies funktionieren wie Spionageprogramme, die Daten sammeln und an die Betreiber übermitteln. Dies sei „ein klarer Verstoß gegen EU-Datenschutzgesetze", so Rossetti.

Apple plant indes, den stärkeren Trackingschutz mit der nächsten iOS-Version nachzuholen. Dies war offenbar schon bei iOS 14 geplant, scheiterte aber am Widerspruch von Facebook – der Konzern ist auf zielgerichtete Werbung angewiesen.

Rossetti verweist darauf, dass Apple selbst die Werbe-ID nach wie vor ohne Zustimmung der Nutzer nutzen will. Der Identifikations-Code müsse aber dauerhaft gelöscht werden. Er fügt hinzu: „Die Zukunft muss trackerfrei sein." Und die Datenschützer machen darauf aufmerksam, dass auch Google ein ähnliches Tracking-System nutze, dieses werde derzeit geprüft.